

Danziger Zeitung.

№ 10185.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme des Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Rotherbagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Beilagen oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inseratsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1877.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 7. Febr. Das Abgeordnetenhaus verwies in seiner heutigen Sitzung den Antrag Reichensperger, betreffend den Erlaß des rheinländischen Oberpräsidenten über die Beschlagnahme der Pfarrdotalgüter an die Justizcommission, den Antrag Schmidt (Sagan) über die Beseitigung der fisciellen Brückenzölle an die Budgetcommission und erledigte eine große Anzahl von Wahlprüfungen.

Berlin, 7. Februar. Das Herrenhaus genehmigte in erster Berathung den Gesetzentwurf über die Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst. Die §§ 1—9 und 11—18 werden nach längerer Debatte unverändert angenommen, § 10 (Vorbildung der Landräthe) mit einem Amendement Haffelbach, wonach nur von Kreisräthen präferirte Personen von den gesetzlichen Erfordernissen über die Befähigung zum höheren Verwaltungs- oder Justizdienst disponibel sein sollen.

Abgeordnetenhaus.

13. Sitzung vom 6. Februar 1877.

(Schluß.)

Fortsetzung der zweiten Berathung des Etats und zwar des Etats des Ministeriums des Innern Kap. 89 der Ausgaben enthält im Tit. 1 das Gehalt des Ministers 36 000 M.

Abg. v. Lyskowski: Die 2½ Millionen Polen befinden sich ohne ihr Verhältniß, obwohl sie willig an den Laften des Staates Theil nehmen, in einer Ausnahmestellung. Man unterdrückt unsere Vereine, denen man nichts Strafbares hat nachweisen können, die sich gar nicht mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen, zu denen der Zutritt Jedermann freisteht, welche großlandwirtschaftliche Erfolge, Ausstellungen u. erzielt haben und deren einziges Verbrechen ist, daß in ihnen aus Rücksicht für die Mitglieder die polnische Sprache die Geschäftssprache ist. Ein eclatantes Beispiel der gegenwärtigen Praxis bietet der Oberpräsident von Preußen. Derselbe beantragte bei dem Kreisaußschuß des Kreises Straßburg die Disziplinaruntersuchung gegen zwei Amtsvorsteher wegen Verhöhnung an einer polnischen Versammlung. Der Kreisaußschuß lehnte den Antrag ab. Auf Veranlassung des Oberpräsidenten nahm jetzt der Staatsanwalt die Verfolgung in die Hand und hat selbst gegen ein freisprechendes Urtheil des Kreis-Außschusses appellirt. Die polnischen Unterthanen Preußens müssen sich also ihre verfassungsmäßigen bürgerlichen Rechte bei den Gerichten erkämpfen. Ich muß mich auch beschweren über die Art und Weise wie der Minister das Gesetz über die Amtssprache zur Ausführung bringt. Uns interessieren darin nur zwei Bestimmungen, die die Befähigung des Ministers, einzelne Bezirke von dem Gesetze auszunehmen und die Befähigung geprüfter und vereideter Dolmetscher. Bis jetzt sind nur einige Thorer Bezirke ausgenommen worden, in denen die polnische Bevölkerung keineswegs so überwiegend ist, wie z. B. in Posen. Wahrscheinlich sind hierfür die Berichte der Landräthe maßgebend, und Pöbner hat zur Vernichtung des polnischen Elements erst neulich einen Staats-Anwalt zum Landrath bekommen. Die geprüften Dolmetscher werden noch meistens durch Mitglieder der Kreisaußschüsse vertreten und so die juristische Ungeheuerlichkeit bewirkt, daß Jemand Richter und Dolmetscher in einer Person ist. Die Polen werden auf alle Weise von der Selbstverwaltung ausgeschlossen, sie sind der Willkür der Behörden überliefert und deshalb ist dieses Haus die letzte Instanz und das einzige Forum für unsere Beschwerden.

Abg. Wehr (Conk): Es kommt nicht darauf an, wie sich ein Verein nennt, sondern was er treibt und

ein Obertribunalsurtheil, welches Sie in Oppenboffs Rechtsprechung Band 7, Seite 353 finden, sagt ausdrücklich: „es ist nicht erforderlich, daß der Zweck der Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten im Vereinsstatut ausgesprochen sei“, sondern es genügt für die Anwendung des Gesetzes, wenn der Verein durch sein tatsächliches Verhalten erkennen läßt, daß er eine solche Einwirkung auszuüben sucht. Nun behauptet er allerdings, daß die landwirtschaftlichen Vereine und Erwerbsgenossenschaften in der That auf öffentliche Angelegenheiten einwirken wollen. Ihre eigenen Zeitungen sprechen es ausdrücklich und offen aus, die Vereine seien begründet zur Belebung der polnischen Nationalität, zur Stärkung und Hebung des polnischen Nationalgefühls. Solchen Aeußerungen gegenüber thut die Regierung recht und es ist geradezu ihre Pflicht, wenn sie die Vereine überwinden läßt. Wenn ich Ihre schmerzliche Gefühl über den Verfall Ihrer Nation vollständig verstehe, so verstehe ich doch nicht, wie Sie so undankbar sein können, nicht anerkennen, wie der preussische Staat Sie in geistiger und materieller Beziehung gehoben hat. Wenn der Abg. Lyskowski sich beklagt, daß gegen Amtsvorsteher die Untersuchung eingeleitet ist, weil sie sich an agitatorischen und politischen Bestrebungen betheiligen, so beklage ich nur, daß diese Herren überhaupt Amtsvorsteher geworden sind. Daß Sie nicht in Kreiserversammlungen vertreten sind, darüber können Sie sich nicht wundern bei einer Wahl inmitten einer deutschen Bevölkerung und bei der Gesinnung, welche Sie gegen die Deutschen hegen. Aendern Sie Ihre Handlungsweise, reichen Sie uns die Hand, die Ihnen so oft geboten ist, wirken Sie mit uns in socialer, politischer und wirtschaftlicher Beziehung zusammen, dann werden Sie frei von der Bewachung der Staatsregierung werden.

Abg. Schiller bringt einige Beschwerden aus den westlichen Provinzen bezüglich des unberechtigten Eingreifens des Oberpräsidenten v. Kuhlweitz in die Selbstverwaltung zur Sprache. Der Oberpräsident hat verfügt, daß sämtliche Anfragen der provinzialständischen Ausschüsse durch die Gemeindevorsteher, den Amtmann, den Landrath und die Bezirksregierung an den Oberpräsidenten gelangen, einmal aus landespolitischem Interesse, dann auch um besonders bei Subventionirung von Gemeinden für den Wegbau u. dergl. ein Urtheil abgeben zu können. Das ist doch keine Selbstverwaltung mehr. — Minister Graf zu Eulenburg: Ich habe auch sonst von dem Erlaß des Oberpräsidenten gehört; möge man sich doch an mich wenden und Remedur verlangen. Aus den Aeußerungen des Vorredners kann ich keinen Anhalt dazu entnehmen.

Abg. Schröder (Lippstadt): Ich will nicht die Streichung dieses Titels beantragen, sondern nur die Forderung aussprechen, daß diese 36 000 M. die letzten sein mögen, die der gegenwärtige Minister in Activität aus dem Staatsfonds bezieht. (Bewegung.) Der Abg. Lasker hat die von mir neulich gebrachte Bezeichnung des Kirchengerichtshofes gemüßwilligt; ich werde beim Etat noch weiter darauf eingehen, will ihn aber nur an die Zweifelhafte Rede gegen den höchsten ordentlichen Gerichtshof des Landes erinnern, gegen welche meine Aeußerungen doch die eines Mannes waren. Wenn der Abg. Lasker ferner von den Klägern meiner Partei gesprochen hat, die ihre Karten nicht aufdecken, so nehme ich zuvörderst an, daß ihm der animus injuriandi fern gelegen habe, daß vielmehr seine Aeußerung nur eine Folge seiner pädagogischen Reizung war. (Heiterkeit.) Wir reden eben in Wahlreden nicht anders als hier, wir reden namentlich nicht grün und stimmen dann blau. Was die aufgedeckten Karten angeht, so spielen wir alle aufgedeckte und haben noch lange nicht den letzten Trumpf ausgespielt; der allerdings kann nicht aufgedeckt spielen, der keine Trümpe hat und der schließlich doch einsteht, daß er nur bedienen muß (Heiterkeit im Centrum). Ich bitte also den Abg. Lasker mit mir nicht zu streng ins Gericht zu gehen; wenn ich seine staatsmännische

Redeweise annehmen wollte, würde ich in meinem Wahlkreise nicht wieder gewählt werden, und er kann mir doch nicht zumuthen, daß ich seinetwegen meinen Sitz aufgeben sollte. (Heiterkeit.) Das weite Feld der Thätigkeit des Ministers des Innern ist nunmehr nur noch ein wüstes Feld, bedeckt mit den Trümmern der freibüthlichen Institutionen. In allen Ecken und Neben des Ministers wird nur die Lehre vom beschränkten Unterthanenverstande gepredigt. Das Beschränkte gegen den Minister des Innern ist so lang, länger als das bekannte von Leporello. (Heiterkeit.) Ich will nicht auf Alles eingehen, sondern nur die Befähigung von Bürgermeistern herausgreifen. Der Bürgermeister von Valendar fühlte das Bedürfniß, zur Weiche zu gehen; die Folge war, daß er seinen Weichwaser demnürzte, weil er ihm die Absolution verweigerte. Der Weichwaser wurde verurtheilt und die Bürger von Valendar mußten diesen Bürgermeister nicht nur noch länger behalten, sondern er wurde auch mit dem rothen Adlerorden oder Kronen-Orden 4. Klasse decorirt. Ich weiß nicht ob post hoc hier auch propter hoc ist; aber jedenfalls dürfte es auch nicht einmal post hoc geschehen. Wenn wir in normal anständigen Zuständen lebten, hätte der Staatsanwalt eine solche Denunciation als Zeichen einer großen Gemeinheit des Charakters abweisen sollen. Dann hat der Minister den Herrn Tripp als Bürgermeister von Solingen nicht bestätigt, die Folge war, daß dort ein Socialdemokrat gewählt ist, der auch vielleicht den Reichstag als Alterspräsident eröffnen wird. (Heiterkeit.) Es ist ein großer Fehler, die Socialdemokraten als eine Lumpenbande zu betrachten, die nur auf Raub und Diebstahl ausgeht und gegen die man Säbel und Flinten anwenden müsse. Wenn ich Kriegsminister wäre, und der Minister des Innern verlangte von mir Säbel und Flinten, so würde ich im Interesse des Staats gegen diese Forderung auftreten. Denn wenn die 500 000 socialdemokratischen Wähler und die übrigen Socialdemokraten unter 25 Jahren alle todtgeschossen sind, wer soll dann die Armeen ernähren und woher soll sie sich rekrutiren. Wenn man einen Parteiführer von 17 Jahren fragte: was würdest Du gegen die Socialdemokraten thun, und er sagte: Ich würde die Canälen todtgeschießen, so würde ich ihm auf die Schulter klopfen und ihm sagen: Bravo, mein Sohn! Du kannst noch einmal Minister werden! (Große Heiterkeit.) Wenn ich aber vom Ministerfische aus das höre, dann muß ich sagen, daß Unvornehmheit ungeheuerlich ist. (Heiterkeit.) Die Nichtbefähigung des Bürgermeisters Kauffmann von Bonn hat zu einer Interpellation Veranlassung gegeben und die Regierung hat sich nicht veranlaßt eine Antwort zu ertheilen; das Haus war so perplex, daß es keine Befragung der Sache vornahm. Herr Kauffmann war 24 Jahre Oberbürgermeister und wurde einstimmig wiedergewählt, aber nicht bestätigt, weil er nicht erklären wollte, daß er die Waagelese „mit Freuden“ ausführe. In den Wahlschriften der liberalen Parteien steht immer so viel vom Particularismus. Woher kommt denn der Particularismus besonders im Süden? Weil die Süddeutschen befürchten, daß man ihnen preussische Zustände aufzwingen wolle. In Baiern kann es nicht vorkommen, daß die Bürgermeister nicht bestätigt werden; die Wahl desselben geht die Regierung doch nichts an. Ist es nun nicht ganz natürlich, daß die Bürger von Bonn sich wundern, daß der Culturkampf in alle Verhältnisse eindringt und daß sie den Grund nicht einsehen können, weshalb ihr alter Bürgermeister, der die Communalverwaltung zur Zufriedenheit aller leitete, nicht wieder bestätigt werden sollte. Aber der Minister des Innern will ja Culturkampf à tout prix, denn die Herren leben ja vom Culturkampf; wo sollten sie denn sonst eine Majorität im Hause herbekommen. Nach allem Diesem kann ich Sie also nur bitten, das Gehalt des Ministers zu bewilligen. (Heiterkeit.)

Minister Graf zu Eulenburg: Ich glaube nicht, daß das Haus sich auf den Standpunkt stellen wird,

wie das der Vorredner zu thun schien, nämlich nach der Zahl der Tausend Mark, die ich während meiner Amtsperiode bezogen habe, meine Verdienste und die Wünsche nach meinem Rücktritt abzumessen. (Sehr wahr!) Den Wunsch des Vorredners, daß die in diesem Etat für mich eingesehten 36 000 M. die letzten sein möchten, die ich beziehe, diesen Wunsch theile ich viel lieber, als er vielleicht je aus der Brust des Vorredners hervorgekommen sein mag. (Bravo! im Centrum.) Was die Frage der Nichtbefähigung von Bürgermeistern betrifft, so ist das hundert Mal hier ventilirt worden, so daß ich nichts Neues für die Grundsätze, die die Regierung hierbei geleitet haben, anführen kann. Von dem Fall, der in Valendar vorgekommen sein soll, habe ich auch nicht die leiseste Erinnerung; derselbe muß schon lange Zeit zurückliegen. Aber die Herren Tripp und Kauffmann in Solingen und Bonn, die sind beide mit meinem vollen Bewußtsein und auf meinen Antrag nicht bestätigt worden und in beiden Fällen habe ich diese Nichtbefähigung für durchaus gerechtfertigt und den Wünschen aller verständigen Leute in beiden Communen entsprechend (Rufe: Oho!). Nun richtet der Vorredner einen Angriff gegen mich dahin, diese Folge einer Nichtbefähigung Tripp's in Solingen sei die Wahl eines Socialdemokraten jetzt in diesem Augenblick gewesen, während der Grund einfach darin liegt, daß die Ultramontanen in hellen Haufen für den Socialdemokraten gestimmt haben. (Widerpruch im Centrum. Sehr wahr! links.) Noch Eins. Der Vorredner hat sich gegen das gewandt, was ich im vorigen Jahre über die Socialdemokratie vorzubringen Gelegenheit hatte. Entweder ist er nicht anwesend gewesen oder hat nicht gelesen, was ich gesagt habe. Niemals ist es über meine Lippen und in meine Gedanken gekommen, die Socialdemokraten als ein zusammengekauftenes Gesindel anzusehen, welches nichts anderes verdient, als mit Säbel und Schießgewehr behandelt zu werden. (Rufe im Centrum: die Flinte schießt, der Säbel haut!) Was ich damals sagte, hatte eine Bedeutung, die heute vielleicht schon in einem ansehnlicheren Licht erscheinen mag, als sie damals allgemein aufgenommen wurde. Ich führte damals aus, daß die Socialdemokratie, ursprünglich vielleicht von ganz berechtigten socialen Forderungen ausgehend, sämtliche Institute des Staates, des monarchischen sowohl wie jedes Staates überhaupt aufheben und etwas Neues aufbauen will, wovon kein Mensch sich eine Vorstellung machen und was nur immer als allgemeines Ideal aufgestellt werden kann. Ich habe gesagt, wenn wir nicht bei Zeiten der Ausbreitung dieser verrückten Schwärmerei entgegenzutreten, so werden wir mit Säbel und Flinten endigen. Dies war meine Deduction und bei dieser Deduction muß ich auch jetzt bleiben. Behandelte wir doch diese Frage nicht so mit einzelnen Schlagwörtern. Die Frage liegt ungeheuer tief, sie ist ein wirklicher Schatten unserer socialen, staatlichen und politischen Zustände. Ich glaube, daß die Socialdemokratie sich nicht herausgebildet hätte, wenn sie nicht ihren Ursprung geschöpft hätte aus anderen Parteien (Rufe: Namen!), deren Essenzen als Gift auf sie herabgeträufelt sind. (Heiterkeit.) Es ist mir gesagt worden von Seiten der Fortschrittspartei, ich sei der eigentliche Schöpfer der Socialdemokratie, ich hätte sie vor sechs bis sieben Jahren nicht genug unterdrückt. Das ist eine Behauptung, die ich für absolut unrichtig halte, die aber auch nicht den geringsten Anlaß sonst gefunden hat. Aber dabei bleibe ich stehen, wir sind dieser Bildung in unserem Staatsleben gegenüber zu der äußersten Vorsicht verpflichtet und was nun noch mehr? Zum Zusammenbruch aller derjenigen Elemente im Staate, welche berufen und stark genug sind, den Staat als solchen, den monarchischen Staat, den christlichen (Rufe im Centrum: Culturkampf!) aufrechtzuerhalten und gegen seinen Umsturz zu schützen. Glauben Sie nicht, daß Sie durch Ihr ewiges Mitteln an der Rechtsbeständigkeit rito zu Stande gekommener Gesetze, durch den ewigen Vorwurf, wir fänden am Culturkampf Freunde und Leben, und

Aus London.

Es gehört wahrlich nachgerade wahre Engelsgebuld dazu, sich tagtäglich verurtheilt zu sehen, die orientalische Frage überall aufgetischt zu erhalten. Tonjours perdrix und gar keine Aussicht auf Abwechslung! So hartnäckig wie die türkischen Angelegenheiten, verfolgt uns auch das schlechte Wetter, und wie jene war auch dieses nur auf kurze Augenblicke minder trübe. Aber während wir kaum vergebens hoffen, daß das Wetter sich endlich auflären wird, werden wir wohl noch lange zu warten haben, ehe die türkische Frage eine endgültige Beantwortung gefunden hat. Inzwischen ist wieder der Eröffnungstag des Parlaments nahe herangerückt. Die Session von 1876 schloß mit Debatten über die orientalische Frage, die Ferien wurden mit Neben, Broschüren u. s. w. über denselben Gegenstand ausgefüllt, der Büchermarkt mit Werken darüber ebenso überschwemmt wie die niedrigen Districte Londons durch die Themse. Umsonst schaute sich der menschliche Geist nach einem Plätzchen um, der ewigen türkischen Frage zu entgehen. Da jage nun noch Einer, daß die Engländer egoistisch sind! Sie vergessen gänzlich ihre eigenen Angelegenheiten, kein Mensch bekümmert sich um die innere Geseßgebung — höchstens Sir Wilfrid Lawson um die Schanzgesetze — nur die Türkei nimmt der Engländer Sinn einzig und allein gefangen.

Doch — es giebt noch Personen, die für etwas Anderes Rücksicht haben, und das sind — die Damen, d. h. die Pairs-Frauen und Töchter denken an die Toiletten, in denen sie sich bei Eröffnung des Parlaments im Oberhause zeigen wollen. Die Hallen des St. Stephens-Palastes werden schon für den Empfang der hohen Herrschaften hergerichtet. Da wird geschneuert, gebohrt, gemalt und tapeziert. Weiße Teppiche werden überall gelegt, damit die zarten Füßchen der holden Ladies geschont werden. Es ist geradezu ein Privilegium, an dem Tage Zutritt zu jenem Sanctum des Parlaments zu erhalten. Der Lord Great Chamberlain wird mit Briefen von Einlaßbegehrenden bestürmt, selbst die

Journalisten müssen für die Feier eine besondere Zutrittskarte haben, und jede Zeitung kann sich nur durch einen einzigen Reporter vertreten lassen, während die sonstigen 18 dort haben, denn selbst die Journalisten-Tribüne wird theilweise den Damen eingeräumt. Fragt man jedoch, worin das Interesse besteht, so fällt die Antwort eigentlich nur sehr mager aus. Freilich es verlohnt sich schon, den ganzen Adel des Landes, dessen Oberhaupt an der Spitze, verammelt zu sehen. Die hohen Würdenträger des Reiches, die königlichen Prinzen und Prinzessinnen, umgeben von allem nur irdischen Glanze, sind nicht oft auf einem Platze so vereinigt. Aber das Volk genießt ja doch das Schauspiel nicht. Einige bevorzugte Personen vielleicht abgerechnet, und selbstverständlich auch die sehr darum beneideten Journalisten, sind die Mitglieder des Adels gleichzeitig handelnde Personen und Zuschauer. Man könnte für sein Billet, wenn man es abgeben wollte, einen hohen Preis bekommen; was würde nicht manche Dame dafür geben! Selbstverständlich rede ich nicht von den auswärtigen Gesandten, Völkern und Attaches. Denen bieten die pomphaften Hoffeste eben nichts Neues. Der Vorgang ist jetzt überdies ein durch die Haltung der Königin derart getrübt, daß man eher wägen könnte, einem Leichenbegängnisse, als der feierlichen Eröffnung des Parlaments anzunehmen. Der Eindruck wird durch das schwarze Gewand, das die Herrscherin bekleidet, die Wittwenhaube und ferner den Wittwenkleider, der zu beiden Seiten des Hauptes der Monarchin auf die Schultern niederwallt, und den Engländern geradezu verfaßt ist, zu einem noch trüberen gestaltet. Die Melancholie, die endlich im Antlitz ihrer Majestät stark ausgeprägt ist, trägt nur zur allgemeinen Verstimmung noch mehr bei. So war es im vorigen, so wird es in diesem Jahre sein, mit dem Unterschiede vielleicht, daß das joviale Gesicht des Prinzen von Wales — im vorigen Jahre war er in Indien — zur Rechten der Königin sich zeigen und vielleicht dem Tableau etwas mehr Licht geben wird. Schön

wäre es, wenn zur Linken Ihrer Majestät auch die Prinzessin von Wales ihren Platz erhielte, dann würde sich das am Blicke der Königin erstarrende Herz an ihrem holdseligen Lächeln erwärmen können. Aber nach bisherigen Einrichtungen nahm sie stets gegenüber der Fürstin auf dem „Wolfsd“ Platz, das Gesicht dem Throne zugekehrt, so daß nur die Majestät und die um sie gruppirten Personen sich an ihrem freundlichen hergewinnenden Anblick erfreuen konnten. Früher, als die Königin noch selbst die Thronrede verlas, war es ein wirklicher Genuß, die durch den weiten Raum schallende glockenreine Stimme zu vernahmen. Aber auch das muß der Zuhörer jetzt entbehren. Nicht ein Wort kommt über die Lippen der in sich versunkenen Majestät. Stumm tritt sie durch die rechts vom Throne befindliche Thür, gefolgt und umgeben von den Prinzen, Prinzessinnen und Ministern, eine Verbeugung nach rechts und links, die auch beim Fortgehen wiederholt wird, ist die Quintessenz alles dessen, was die Königin Victoria ihren getreuen Unterthanen in einer viertelstündigen Audienz bietet. Wer wollte aber nach einer Krone streben, wenn er den tiefen Kummer in den Zügen der Trägerin der britischen Krone ausgeprägt sieht.

„Uneasy lies the head, that wears a crown“

Am 8. Februar steht den im Oberhause anwesenden Personen das erhabene Schauspiel bevor, weiland Disraeli als Graf Beaconsfield seinen Sitz einnehmen zu sehen. Mit einem gewissen Anfluge von Ironie wies die „Times“ jüngst darauf hin, wie denn überhaupt die jäh Verwandlung des Premiers in einen Pair fortwährend Stoff zu spitzfindigen Bemerkungen bietet, welcher in der Presse, in den Salons und Clubs weidlich ausgekostet wird. Es ist merkwürdig, aber nicht minder wahr, daß Benjamin Disraeli trotz seines großen Genies es nie verstanden hat, die Herzen einzunehmen. Ich spreche nicht von den weiblichen, die ihm, trotz seiner nicht gerade einnehmenden Gesichtszüge stets sehr warm entgegen schlugen. Es ist sein scharfer pikanter Witz, der ihm Gunst bei

den Frauen verschaffte. Nichts imponirt einer geistreichen Dame mehr als Schlagfertigkeit in den Antworten. Und die besitzt der Premier in so hohem Maße, daß er im Salon darin nicht minder als im Parlamente glänzte. Jetzt ist er zwar vom Alter gebeugt, aber seine hohe kräftige männliche Gestalt wird früher nicht ohne Eindruck gewesen sein. Disraeli-Beaconsfield gebührt trotz seiner vielen Mängel, deren größter wohl der politische Charlatanismus ist, in den er sich hineingelegt hat und in dem er sich gefallt, immerhin ein hervorragender Platz unter seinen Zeitgenossen. Er ist durch sein Genie emporgekommen, und hat es verstanden, mit festem Willen die Stufe zu erklimmen, die er auf der socialen Leiter zu erreichen wünschte. Es gehört ein besonderes Talent dazu, in den inneren Kreis des stolzen englischen Adels zu bringen. Mögen die alten Lords ihren Aergern auch unter schönen gedrehten Phrasen verbergen, sie empfinden ihn doch. Dieser Eindringling nimmt am Eröffnungstage des Parlaments seinen Sitz ein, und es liegt auf der Hand, daß er absichtlich diesen Tag dafür gewählt hat, um die Handlung desto pompfaster vollziehen zu können. Das Programm der ersten Vorstellung im königlichen National-Theater zu St. Stephens ist daher ein reichhaltiges und außerordentliches. Nicht minder interessant wird die Abendvorstellung sein, aber ihr fehlt, wie im Oberhause, dann der volle Glanz des schönen Geschlechts, das nur einzeln vertreten zu sein pflegt.

Das sociale Treiben, das durch den Zusammentritt der Kammern entwickelt wird, ist ein so ungeheures, daß es sich der Aufmerksamkeit andrängt. Das Blut, — blaues und anderes, — das mit dem Scheiden der Volksvertretung die Herz-kammern Englands verläßt, kehrt in dieselbe mit dem Einzug des Parlaments zurück. Ein frischer Puls schlägt, ein anderes Leben beginnt und der winterliche Schlaf wird abgeschüttelt. Es regnet Einladungen zu Dinern, Abendgesellschaften, Ballen u. s. w., soirées und matins musicales sind an der Tagesordnung, die Clubs beleben sich. Augen-

durch diese fortwährende Erregung der Gemüther auf einem Felde, was ja so leicht zugänglich ist — glauben Sie nicht, daß Sie auch den Socialdemokraten die Wege bahnen? (Unruhe im Centrum.) Für die jetzigen Zustände gehört eine erstere Stimmung, als diejenige, welche der Redner immer zur Schau trägt. (Sehr richtig! Beifall.)

Abg. Kantak beklagt sich lebhaft darüber, daß der Minister des Innern mit keinem Worte auf die Beschwerden des Abg. Dufowski geantwortet habe. Die Polen verlangen nichts, als daß man sie auf gleichem Fuße und mit gleichem Maße behandle, wie die preussischen Bewohner deutscher Nationalität. Aber die Ungleichheit der Behandlung und die Gesetzesverletzung von Seiten der Regierung gegen die Polen erbittern die Gemüther und haben die Agitationen in den polnischen Landestheilen als eine Nothwehr im Gefolge. Zu einer solchen Erbitterung werde auch das heutige hartnäckige Schweigen des Ministers des Innern nicht wenig beitragen.

Die Discussion wird hierauf geschlossen und die Session bewilligt. — Nächste Sitzung Mittwoch.

Herrenhaus.

4. Sitzung vom 6. Februar.

Ohne Debatte erledigt das Haus die Gesetzentwürfe, betreffend die Verpflichtung zum Halten der Gefährlichen und des Unfallschutzes im Kreisbezirk Lauenburg, betreffend die Einstellung der Erhebung der Wegabgabe in Frankfurt a. O. und betreffend die ansehnlichen und zum Verkauf zu stellenden Stempelarten in einmaliger Schlussabrechnung. — Auf Antrag des Grafen Rittberg werden darauf die Herren Dr. Baumstark, Dr. Elwanger und v. Rabe zu Mitgliedern der statistischen Centralcommission und Dr. Sulzer zum Mitglied der Staatsschuldencommission für Proclamation wiedergewählt. — Nächste Sitzung Mittwoch.

Deutschland.

A Berlin, 6. Februar. Bei der Bedeutung des Gesetzes über Herstellung des Reichsgerichts in Berlin ist es gewiss von Interesse, die vollständigen Motive zu beachten. Sie lauten: „Das Gerichtsverfassungsgesetz, dessen Verwirklichung durch das Reichs-Gesetzblatt bevorsteht, schreibt in seinem § 125 vor, daß der Sitz des Reichsgerichts durch Gesetz bestimmt werden solle. Der vorliegende Gesetzentwurf hat die Aufgabe, jene im § 125 vorbehaltene Bestimmung zu treffen. Denn die beschleunigte Entscheidung über den Sitz des Reichsgerichts ist dringend, schon weil die baulichen Vorbereitungen, welche nothwendig vorangehen müssen, eine erhebliche Zeit in Anspruch nehmen werden und bis zum 1. October 1879, welcher nach § 1 des Einführungsgesetzes als späterster Termin für das Inkrafttreten des neuen Gerichts-Hofes in Aussicht genommen ist, nicht herzuftellen sein würden, wenn die Feststellung des Ortes nicht schon in dieser Session des Reichstages erfolgte. Der Gesetzentwurf schlägt vor, Berlin zum Sitz des Reichsgerichts zu wählen, und die Motive haben die für die Wahl dieses Ortes sprechenden Gründe darzulegen. Vor allem glaubte man bei der Wahl davon ausgehen zu müssen, daß bei ihr keinerlei Particularinteressen eines einzelnen Bundesstaates, sondern nur das Reichsinteresse für die Rechtspflege entscheidend sein müsse, und von dieser Erwägung den Ausgangspunkt nehmend, sah man sich, ungeachtet und als von selbst gegeben, auf die Residenzstädte der größeren Bundesstaaten hingewiesen. Denn in ihnen darf man nicht nur am ehesten alle diejenigen Vorbedingungen zu finden hoffen, welche für die äußere Einrichtung eines aus einer großen Anzahl von Mitgliedern zusammenzusetzenden Gerichtshofs nothwendig sind, sondern auch voraussetzen, daß den Mitgliedern des Reichsgerichts dort am besten die Möglichkeit und Gelegenheit gewährt wird, mit dem ganzen wissenschaftlichen Leben der Nation in Berührung zu bleiben und daß ihnen damit gleichsam die geistige Atmosphäre dargeboten wird, welche sie nicht wohl entbehren können, wenn anders sie ihres Berufs, als oberste Richter des Reichs, in einer der hohen Bedeutung dieses Amtes entsprechenden Weise walten sollen. Bei der hiernach unter den Residenzstädten Stuttgart, Dresden, München, Berlin zu treffenden Wahl durfte vor Allem die geographische Lage des Ortes nicht außer Acht gelassen werden, da es aus naheliegenden Gründen erwünscht sein muß, den Sitz des Reichsgerichts möglichst im Mittelpunkt des Reichs zu

haben. Somit wurde man schon aus diesem Grunde ungesucht auf Berlin hingewiesen. Seine geographische Lage, so ziemlich gerade im Mittelpunkt des Reichs, die reichen Hilfsmittel, welche diese Residenz den Mitgliedern des Gerichts materiell wie geistig bietet, sprechen schon dafür, ihr den Vorzug vor den anderen Residenzstädten zu geben. Dazu tritt aber noch mit ausschlaggebender Bedeutung hinzu, daß Berlin die Residenzstadt des Kaisers ist, daß hier der Bundesrath und Reichstag residiren und überdies die höchsten Reichsbehörden ihren Sitz haben. Es ist gewiss nicht zufällig, vielmehr in der Natur der Dinge begründet, daß fast in allen größeren europäischen Staaten der Sitz des höchsten Gerichts mit dem Orte der Staats-Regierung zusammenfällt. Von dieser Regel grade im deutschen Reich abzuweichen, dazu würde man nur dann vorschreiten dürfen, wenn ganz besondere Gründe geltend gemacht werden könnten, welche Berlin, obgleich es die Residenz des Kaisers ist, als ungeeignet für die Residenz des höchsten Reichsgerichts erwiesen. Solche Gründe sind aber nicht aufzufinden, wohl aber treten zu den bereits für die Wahl gerade dieses Ortes geltend gemachten noch folgende, dieselben wesentlich unterstützenden Momente hinzu. Nach § 91 des Reichsbeamten-Gesetzes vom 31. März 1873 soll der Disciplinarhof, welcher in letzter Instanz über Dienstvergehen der Reichsbeamten entscheidet, aus elf Mitgliedern bestehen, von welchen wenigstens vier an den Bevollmächtigten zum Bundesrath, der Präsident und wenigstens fünf zu den Mitgliedern des Reichs-Oberhandelsgerichts gehören müssen, und nach § 87 tritt der Disciplinarhof jetzt am Orte des letzteren zusammen. Bei dem Erlaß dieser Vorschriften war der Gedanke leitend, daß über Dienstvergehen der Reichsbeamten nur Mitglieder eines Gerichts des Reichs und nicht eines Landesgerichts entscheiden sollen. Es haben sich jedoch in Folge jener Bestimmungen schon jetzt fühlbare Mängel herausgestellt. Denn die Theilnahme der nicht in Leipzig wohnenden Mitglieder des Disciplinarhofes, insbesondere der betreffenden Bundesrathsbevollmächtigten, ist schon der Reisen wegen in hohem Grade belästigend; eine Befestigung dieses Mängels muß als dringend wünschenswerth bezeichnet werden, und seine Beseitigung ergibt sich von selbst, sowie das Reichsgericht an dem Orte seinen Sitz erhält, in welchem die Bevollmächtigten zum Bundesrath tagen. Ein weiterer Grund für die Wahl Berlins ist aus einem anderen Gesetze, nämlich dem Bundesgesetz über den Unterföhrungswohnsitz vom 6. Juni 1870 zu entnehmen. Das darin eingefetzte Bundesamt für das Heimatwesen hat seinen Sitz in Berlin und soll aus einem Vorsitzenden und mindestens vier Mitgliedern bestehen, welche auf Vorschlag des Bundesraths vom Kaiser auf Lebenszeit ernannt werden; der Vorsitzende und mindestens die Hälfte der Mitglieder muß „die Qualifikation zum höheren Richteramt im Staate ihrer Angehörigkeit“ haben. Zur Zeit besteht das Bundesamt aus einem Präsidenten und vier Mitgliedern. Der Präsident und ein Mitglied sind Reichsbeamte, die übrigen drei dagegen preussische Beamte, welche die Stelle als Mitglied dieser Behörde als Nebenamt verwalteten. Es würde aber gewiß der Natur der Sache mehr entsprechen, wenn nur Mitglieder des höchsten Reichsgerichts in diesem Reichsamt verwandt werden könnten, und es würde dies den weiteren Vortheil haben, daß man diese Mitglieder aus den im Reichsgericht befindlichen Mitgliedern der verschiedenen Bundesstaaten wählen und dabei eine höhere Gewähr dafür schaffen könnte, daß die Gesetzgebung der verschiedenen Staaten bei den Entscheidungen des Heimatamts leichter ihre Vertretung und Beachtung fände.“ Schließlich wird darauf hingewiesen, daß die gesetzliche Bestimmung, wonach das Reichseisenbahnamt in gewissen Fällen durch Zuziehung von richterlichen Beamten verstärkt werden soll, leichter zu erfüllen ist, wenn das Reichsgericht in Berlin sich befindet. Dann heißt es am Schluß: „Aus allen diesen Erwägungen, sowie im Hinblick darauf, daß mit der weiteren Entwicklung der Reichsconstitution sich immer mehr das Bedürfnis ergeben wird, in den Reichsbehörden auf die Mitwirkung von reichsrichterlichen Kräften zurückgreifen zu können, hat

möglich, so ist die Veranstaltung jener Expositionen, die aus den privaten Sammlungen leichtweise gespeist worden, ein nicht zu unterschätzender Genuß. Die diesjährige Ausstellung führte in den Zeitungen zu einer Controverse über das Todesjahr Holbeins, und es ward durch Anführung aller möglichen Autoritäten neuerdings festgestellt, daß er im Jahre 1543 zu London gestorben sei. Die Dublin-Galerie ist ebenfalls wieder eröffnet, im Kensington-Museum kann man jetzt einige vortreffliche alte englische Meister sehen, endlich haben wir auch die üblichen Winterausstellungen von Aquarell-Malereien.

Unter den Theatern zeichnet sich das Court-Theatre aus, weil ausnahmsweise eine äußerst gut zusammengesezte Truppe daselbst zu finden ist. „Bion“, eine neue große romantische Oper in fünf Aufzügen, wird in Queens Theatre gegeben. Das Libretto ist von Frank Marshall und die Musik von Gaurocossi, Director des königlichen Conservatoriums zu Neapel, componirt. Es ist eine lyrische Bearbeitung des Shakespeareschen Trauerspiels Macbeth, doch spielt die Handlung in Norwegen, anstatt in Schottland. Die Musik steht hinter der Verfallszeit der Oper „Macbeth“ zurück; das Stück machte hier Fiasco. Eine fernere Novität ist im Olympic-Theatre die „Queen of Connaught“, ein irische Verhältniß beschreibendes Melodrama, das auf der gleichnamigen Novelle basiert und als ein Zerrbild irischer Zustände angesehen werden darf. Wenn man bedenkt, daß in England selbst der Scharfrichter seit Monaten unausgesetzt Rundreisen unternehmen muß, um Hinrichtungen zu vollziehen, so sollten die Engländer es aufgeben, Irland als das Land des Nordens und der Greuelthaten darzustellen. Wer in einem Glashaufe wohnt, soll nicht mit Steinen werfen. Der hiesige Scharfrichter hat übrigens Adresskarten, auf denen er sich zu Hinrichtungen empfiehlt. Jüngst ward mir eine solche gereicht.

„Pygmalion und Galatea“ nennt sich ferner ein neues Lustspiel im Gaiety-Theatre; doch die englische Sprache paßt nicht für solche Stücke. Es giebt nichts Unerquicklicheres z. B. als die Offen-

der Entwurf Berlin als Sitz des Reichsgerichts in Vorschlag gebracht.“

N. Berlin, 6. Febr. Bei Gelegenheit der Beratung des Handelsetats wird auch der Zustand unserer technischen Lehranstalten mit zur Sprache kommen. Insbesondere wird die Regierung aufgefordert werden, mit größerer Energie als bisher den Mängeln der hiesigen Bauakademie ein Ende zu machen. Die vorjährigen Beschlüsse des Abgeordnetenhauses auf Heranziehung tüchtiger Lehrkräfte und mietweise Gewinnung von größeren Räumen sind bis jetzt nur in sehr bescheidenem Maße zur Ausführung gekommen. Auf dem Etat stehen zwar zwei neue Lehrstellen und der Durchschnitt der Gehälter ist erhöht, aber leider sind von den 12 älteren Lehrern nur 7 factisch besetzt, so daß die Gesamtheit des Lehrercollegiums nicht entfernt dem einer Hochschule nahe gebracht ist. Auch die Räume für Auditorien, Zeichenschule u. s. w. sind durchaus nicht der großen und inzwischen noch gewachsenen Zahl von Zuhörern entsprechend durch Mithung vermehrt. — Ueber die Organisation und den Bau des Polytechnicums hat die Regierung den Mitgliedern der Etatsgruppe neulich zwar Mittheilung gemacht, es wird doch aber eine schriftliche Darstellung über die bisher getroffenen Einleitungen gefordert werden müssen, umso mehr, als, was man gerüchweise über die beabsichtigte Organisation und über den Kostenanschlag des Polytechnicums hört, ernsthafte Bedenken am Plage sind. Wenn die Persönlichkeit, welche mit der Ausarbeitung dieser Projecte betraut sein soll und welche früher wenigstens für Isolierung der Bau-Akademie und gegen das Polytechnicum thätig war, wirklich zu einem Kostenanschlage von 11 Millionen gekommen sein sollte, wobei noch obendrein ein Grundstück an dem entfernten Hippodrom gewählt wäre, so könnte das nur auf einer falschen Auffassung der Organisation und der Aufgaben eines Polytechnicums in Berlin beruhen. — Es ist übrigens bei dieser Gelegenheit die Frage aufgeworfen worden, ob nicht die technischen Lehranstalten bei dem für den nächsten October in Aussicht stehenden allgemeinen Unterrichtsgesetz mit zur Regelung kommen würden. Da über diese Frage verschiedene Ansichten ausgesprochen sind, so constatiren wir auf Grund eingezogener Erkundigungen, daß in dem Unterrichtsgesetz nur diejenigen Schulen berücksichtigt werden sollen, welche den Zweck der allgemeinen Bildung verfolgen, nicht also auch diejenigen, welche eine bestimmte Fachbildung erstreben. Nur betreffs der Fortbildungsschulen, welche ja wenigstens zum Theil zugleich Fachschulen sind, wird in dieser Beziehung eine Ausnahme gemacht. Bei dieser Lage der Dinge wird man sich ernsthaft zu überlegen haben, ob nicht das Abgeordnetenhause seinerseits auf eine gezielte Organisation des technischen Unterrichts zu dringen haben wird.

— Eine Anregung zur Aenderung des bestehenden Reichs-Consulatswesens wird neuerdings wiederum durch den Hinweis auf die That-sache gegeben, daß deutsche Wahlconsuln in verschiedenen Hafenplätzen gleichzeitig auch Consuln anderer Nationen sind, was in vielen Fällen zu unliebsamen Zwischenfällen führen muß und führt. Demgemäß wird eine Denkschrift an den Reichstanzler vorbereitet, worin derselbe ersucht werden soll, in von deutschen Schiffen viel besuchten Häfen lediglich Verufsconsuln anzustellen, dann aber dahin zu wirken, daß die Reichsconsuln ausschließlich dem Deutschen Reich ihre Dienste widmen.

Mainz, 4. Febr. In den jüngsten Tagen macht sich hier und da eine strengere Handhabung der kirchenpolitischen Gesetze gegen den Ultramontanismus bemerkbar. Der schon vor einiger Zeit gegen den Caplan in Heidesheim (Diocese Mainz) wegen unbefugter Vornahme geistlicher Amtshandlungen eingeleiteten Untersuchung ist nunmehr eine solche gegen den Bischof von Rottel selbst gefolgt, und zwar wegen gesetzwidriger Anordnungen in derselben Pfarrei. Ferner ist gegen denselben Untersuchung eingeleitet wegen Verletzung der Pfarrei Budenheim ohne die gefällige Anzeige. — Bezüglich der aus der evangelischen Landeskirche Ausgetretenen ist, offenbar mit Genehmigung des Ministeriums, deren Hand an Stelle der Verzierung rund herum mit Annoncen besetzt ist. Die Annoncierenden haben natürlich zu bezahlen je nach der Zahl der Teller, die sie bedruckt zu sehen wünschen. In der That eine neue Idee, hoffentlich sorgt der Unternehmer dafür, daß sich nicht Annoncen auf den Tellern befinden, die geeignet sind, den Appetit zu verderben. Wie wäre es, wenn Hotelwirthe auf den Gedanken kämen, die verschiedenen Speisen mit Annoncen zu versehen, damit die sie Lesenden sie desto sicherer in sich aufnehmen und behalten. Ich stelle diese Idee allen Speisewirthen und Hotelbesitzern unentgeltlich zur Verfügung.

Die Restaurants und Küchen bringen mich da schließlich noch auf das Thema von der Kinderpest. Die Hausfrauen sind in großer Noth. Die Männer, welche jetzt eher weniger als mehr verdienen, wollen das Hausstandsgeld nicht erhöhen, ihren Braten wollen sie aber auf dem Tische haben. Die Schlächter steigern die Preise und manche Gattin wird sich gezwungen sehen, die kleinen Ersparnisse am Hausstandsgelde, die sie geschildert in allen Bändchen, oder sonst irgend eine Schnurpfeferei für die Toilette kaufen zu können, dem wirklichen Zwecke der Wirtschaft zu widmen. Uebrigens hat sich Hilfe eingestellt. Aus Amerika kommen jetzt ganze Labungen geschlachtetes Vieh herüber, das ganz vortrefflich sein soll und um die Hälfte dessen, was man für englisches Rindvieh bezahlt, zu erlangen ist. Das macht den Schlächtern aber einen Strich durch die Rechnung und sie nehmen zu allen möglichen Mitteln ihre Zuflucht, um das amerikanische Fleisch in Verruf zu bringen. Sie möchten es nämlich selbst sehr gerne für britisches verkaufen, um ihren Profit noch mehr zu steigern. Aber das Publikum muß gegen das amerikanische Vieh eingenommen werden. Was geschieht? Man taucht alte Kühe und verschleift das Fleisch als amerikanisches. Ein genialer Gedanke, der aber schon von der Presse entdeckt worden ist, die alsbald das Publikum vor diesem Betrug gewarnt hat. (H. N.)

haben. Somit wurde man schon aus diesem Grunde ungesucht auf Berlin hingewiesen. Seine geographische Lage, so ziemlich gerade im Mittelpunkt des Reichs, die reichen Hilfsmittel, welche diese Residenz den Mitgliedern des Gerichts materiell wie geistig bietet, sprechen schon dafür, ihr den Vorzug vor den anderen Residenzstädten zu geben. Dazu tritt aber noch mit ausschlaggebender Bedeutung hinzu, daß Berlin die Residenzstadt des Kaisers ist, daß hier der Bundesrath und Reichstag residiren und überdies die höchsten Reichsbehörden ihren Sitz haben. Es ist gewiss nicht zufällig, vielmehr in der Natur der Dinge begründet, daß fast in allen größeren europäischen Staaten der Sitz des höchsten Gerichts mit dem Orte der Staats-Regierung zusammenfällt. Von dieser Regel grade im deutschen Reich abzuweichen, dazu würde man nur dann vorschreiten dürfen, wenn ganz besondere Gründe geltend gemacht werden könnten, welche Berlin, obgleich es die Residenz des Kaisers ist, als ungeeignet für die Residenz des höchsten Reichsgerichts erwiesen. Solche Gründe sind aber nicht aufzufinden, wohl aber treten zu den bereits für die Wahl gerade dieses Ortes geltend gemachten noch folgende, dieselben wesentlich unterstützenden Momente hinzu. Nach § 91 des Reichsbeamten-Gesetzes vom 31. März 1873 soll der Disciplinarhof, welcher in letzter Instanz über Dienstvergehen der Reichsbeamten entscheidet, aus elf Mitgliedern bestehen, von welchen wenigstens vier an den Bevollmächtigten zum Bundesrath, der Präsident und wenigstens fünf zu den Mitgliedern des Reichs-Oberhandelsgerichts gehören müssen, und nach § 87 tritt der Disciplinarhof jetzt am Orte des letzteren zusammen. Bei dem Erlaß dieser Vorschriften war der Gedanke leitend, daß über Dienstvergehen der Reichsbeamten nur Mitglieder eines Gerichts des Reichs und nicht eines Landesgerichts entscheiden sollen. Es haben sich jedoch in Folge jener Bestimmungen schon jetzt fühlbare Mängel herausgestellt. Denn die Theilnahme der nicht in Leipzig wohnenden Mitglieder des Disciplinarhofes, insbesondere der betreffenden Bundesrathsbevollmächtigten, ist schon der Reisen wegen in hohem Grade belästigend; eine Befestigung dieses Mängels muß als dringend wünschenswerth bezeichnet werden, und seine Beseitigung ergibt sich von selbst, sowie das Reichsgericht an dem Orte seinen Sitz erhält, in welchem die Bevollmächtigten zum Bundesrath tagen. Ein weiterer Grund für die Wahl Berlins ist aus einem anderen Gesetze, nämlich dem Bundesgesetz über den Unterföhrungswohnsitz vom 6. Juni 1870 zu entnehmen. Das darin eingefetzte Bundesamt für das Heimatwesen hat seinen Sitz in Berlin und soll aus einem Vorsitzenden und mindestens vier Mitgliedern bestehen, welche auf Vorschlag des Bundesraths vom Kaiser auf Lebenszeit ernannt werden; der Vorsitzende und mindestens die Hälfte der Mitglieder muß „die Qualifikation zum höheren Richteramt im Staate ihrer Angehörigkeit“ haben. Zur Zeit besteht das Bundesamt aus einem Präsidenten und vier Mitgliedern. Der Präsident und ein Mitglied sind Reichsbeamte, die übrigen drei dagegen preussische Beamte, welche die Stelle als Mitglied dieser Behörde als Nebenamt verwalteten. Es würde aber gewiß der Natur der Sache mehr entsprechen, wenn nur Mitglieder des höchsten Reichsgerichts in diesem Reichsamt verwandt werden könnten, und es würde dies den weiteren Vortheil haben, daß man diese Mitglieder aus den im Reichsgericht befindlichen Mitgliedern der verschiedenen Bundesstaaten wählen und dabei eine höhere Gewähr dafür schaffen könnte, daß die Gesetzgebung der verschiedenen Staaten bei den Entscheidungen des Heimatamts leichter ihre Vertretung und Beachtung fände.“ Schließlich wird darauf hingewiesen, daß die gesetzliche Bestimmung, wonach das Reichseisenbahnamt in gewissen Fällen durch Zuziehung von richterlichen Beamten verstärkt werden soll, leichter zu erfüllen ist, wenn das Reichsgericht in Berlin sich befindet. Dann heißt es am Schluß: „Aus allen diesen Erwägungen, sowie im Hinblick darauf, daß mit der weiteren Entwicklung der Reichsconstitution sich immer mehr das Bedürfnis ergeben wird, in den Reichsbehörden auf die Mitwirkung von reichsrichterlichen Kräften zurückgreifen zu können, hat

die Verfügung des Kreisamtes Worms erschienen, die, an 17 Bürgermeistereien gerichtet, wie folgt lautet: „Zur Aufklärung wird hiermit bekannt gemacht: 1) die schulpflichtigen Kinder der freien Protestanten können an dem evangelischen Religionsunterrichte, welcher in den Volksschulen erteilt wird, keinen Theil nehmen. Die Eltern dieser Kinder sind vielmehr verpflichtet, auf ihre Kosten einen tauglichen Lehrer für Ertheilung des Religions-Unterrichtes in den Grundbüchern der Lehre der freien Protestanten zu beschaffen; 2) das evangelische Pfarr- und Kirchenvermögen verbleibt im Eigenthum der Civildgemeinde und geht weder ganz noch theilweise an die freien Protestanten über. Selbst die Benutzung der evangelischen Kirchen zum Gottesdienste ist den freien Protestanten nur nach vorher eingeholter Erlaubnis der oberen kirchlichen Behörden gestattet; 3) die in der evangelischen Landeskirche Verbliebenen haben die Kirchensteuer, welche auf die Ausgetretenen entfallen wäre, nicht zu bezahlen. Worms, 31. Januar 1877. Großherz. Kreisamt Worms. Lotheisen.“ — Auch in Dornheim ist der Fall vorgekommen, daß der protestantische Pfarrer das Begräbniß eines zum Freiprotestantismus übergetretenen Ortsbürgers verweigerte, so daß dasselbe der deutsch-katholische Prediger in Dörfen vornehmen mußte.

Schweiz.

Bern, 4. Februar. Dem internationalen Postverein sind, wie man der „N. Z.“ schreibt, wieder eine Anzahl Länder, resp. Colonien, beigetreten. Und zwar werden demselben vom 1. April dieses Jahres an definitiv angehören: die britischen Colonien: Ceylon, die Straits-Settlements (Penang, Malacca und Singapore), Labuan, Mauritius und die dazu gehörigen Inseln, ferner die Bermudas-Inseln, Jamaica, Trinidad und das britische Guyana. Vom 1. Mai d. J. ab werden sodann sämtliche Colonien der Niederlande dem Weltpostverein endgiltig angehören. Zur Zeit liegen Besuche um Aufnahme vor von dem Kaiserreich Japan, der britischen Colonie Hongkong, den portugiesischen Colonien und endlich von der argentinischen Republik. Die gesammelten spanischen Colonien und der Kaiserstaat Brasilien sind ebenfalls in den Weltpostverein aufgenommen worden, doch ist der Zeitpunkt des definitiven Beitritts zur Zeit noch nicht bestimmt.

Frankreich.

++ Paris, 5. Febr. Der Prozeß des „Avenir de la Haute-Saone“, der seiner Zeit zu lebhaften Debatten in der Deputirtenkammer Anlaß gegeben, ist vorgestern im obersten Gerichtshof zum Austrage gekommen. Das genannte Blatt hatte bekanntlich in einem Artikel die Ansicht ausgesprochen, daß Jeder, der an den gemischten Commissionen von 1852 Theil genommen, sich eines Verbrechens schuldig gemacht habe. Der Präsident des Appellationsgerichtes von Besancon, der auch bei den gemischten Commissionen fungirt hatte, bezog diese Bemerkung auf sich und hatte in Folge dessen die Zeitung wegen „Diffamation“ belangt. In erster Instanz war der Herr Gerichts-Präsident abgewiesen worden; die zweite Instanz jedoch verurtheilte das Blatt zu einer namhaften Geldstrafe und erklärte sogar in dem Erkenntniß, daß die Mitglieder der gemischten Commissionen nur ihre Pflicht gethan hätten. Der verurtheilte Redacteur des republikanischen Blattes legte die Nichtigkeitsbeschwerde ein und der oberste Gerichtshof hat, nach Anhörung umfangreicher Erörterungen in welchen der General-Procurator Benouard sich auszuführen bemühte, daß in dem fraglichen Artikel nur ein historisches Urtheil, und nicht ein persönlicher Angriff vorgelegen hätte, die Nichtigkeitsbeschwerde zurückgewiesen. In den Entscheidungsgründen heißt es, daß die Gesetzmäßigkeit der gemischten Commissionen nicht bestritten werden könne und es daher eine Schmähung (outrage) sei ihre Mitglieder zu beschuldigen, sich an einem Verbrechen betheiligt zu haben. Die „Republique Francaise“ äußert sich darüber: „Wir würden die politischen Konsequenzen dieses Urtheils vergebens zu bemängeln suchen. Wie wir aus den Commentaren der Feinde der gesetzlichen Regierung haben hören müssen, erblicken sie in diesem Erkenntniß eine Kriegserklärung an die Republik, gegen welche es im

bach'schen Operetten im englischen Gewande. Die Vorstellungen von „Les Danicheff“ im St. James-Theatre werden ziemlich gut besucht, während im Prince of Wales-Theatre „Peril“ stets vor vollen Häusern gespielt wird. Die italienische Oper zieht erst Ende März hier ein, bis dahin giebt es keine Oper, aber an Concerten ist kein Mangel.

Sottern, der berühmte amerikanische Schauspieler, hat U. S. Gilbert £ 2000 für ein fünf-actiges Schauspiel geboten, wofür er jedoch das ausschließliche Bühnenrecht für das Stück in England und Amerika offerirt. England besitzt keine Schauspieler. — Herr Zwirg, der jetzt im Lyceum „Richard III.“ giebt, soll mir dies nicht übel nehmen — aber er ist kein großer Künstler. Es ist aber auch nicht möglich, daß sich hier große Schauspieler heranbilden. Im weiten England findet sich nicht eine einzige Theaterschule, jeder Schauspieler belehrt sich daher selbst und das englische Sprichwort „if you teach yourself, your teacher is a dunce or a fool“ findet sich hierbei nur zu oft bestätigt. Schauspiel-Directoren sehen bei den Schauspielern nicht so sehr auf die Fähigkeiten als auf die äußeren Vorzüge der sich meldenden und selbstverständlich muß die Kunst dabei in Verfall gerathen, wenn sich auch die Darstellerinnen schnell in kostbaren Equipagen und reichen Anzügen zeigen können.

Die Winterjason ist nunmehr nahezu zu Ende und mit ihr sind auch die Kindergesellschaften gottlob verschwunden. Wann werden die Mütter scheider werden und dieser modernen Unsitte ein Ende machen? Mit 10 oder 11 Jahren sind die jungen Mädchen schon bläut, und es sagen ihnen Kinder-Gesellschaften nicht mehr zu. Sie sind alsdann junge Herren angetreten, von denen sie sich den Hof machen lassen können. Wohin soll das führen?

Uns steht für demnächst eine große Invasion bevor: nämlich eine Annoncen-Invasion. Ein Herr läßt jetzt Rundreisen hier und in Frankreich machen, und den Hotels und Restaurationen irrendes Tafelgeschirr unentgeltlich anbieten. Sie müssen sich nur gefallen lassen Teller zu nehmen,

deren Hand an Stelle der Verzierung rund herum mit Annoncen besetzt ist. Die Annoncierenden haben natürlich zu bezahlen je nach der Zahl der Teller, die sie bedruckt zu sehen wünschen. In der That eine neue Idee, hoffentlich sorgt der Unternehmer dafür, daß sich nicht Annoncen auf den Tellern befinden, die geeignet sind, den Appetit zu verderben. Wie wäre es, wenn Hotelwirthe auf den Gedanken kämen, die verschiedenen Speisen mit Annoncen zu versehen, damit die sie Lesenden sie desto sicherer in sich aufnehmen und behalten. Ich stelle diese Idee allen Speisewirthen und Hotelbesitzern unentgeltlich zur Verfügung.

Die Restaurants und Küchen bringen mich da schließlich noch auf das Thema von der Kinderpest. Die Hausfrauen sind in großer Noth. Die Männer, welche jetzt eher weniger als mehr verdienen, wollen das Hausstandsgeld nicht erhöhen, ihren Braten wollen sie aber auf dem Tische haben. Die Schlächter steigern die Preise und manche Gattin wird sich gezwungen sehen, die kleinen Ersparnisse am Hausstandsgelde, die sie geschildert in allen Bändchen, oder sonst irgend eine Schnurpfeferei für die Toilette kaufen zu können, dem wirklichen Zwecke der Wirtschaft zu widmen. Uebrigens hat sich Hilfe eingestellt. Aus Amerika kommen jetzt ganze Labungen geschlachtetes Vieh herüber, das ganz vortrefflich sein soll und um die Hälfte dessen, was man für englisches Rindvieh bezahlt, zu erlangen ist. Das macht den Schlächtern aber einen Strich durch die Rechnung und sie nehmen zu allen möglichen Mitteln ihre Zuflucht, um das amerikanische Fleisch in Verruf zu bringen. Sie möchten es nämlich selbst sehr gerne für britisches verkaufen, um ihren Profit noch mehr zu steigern. Aber das Publikum muß gegen das amerikanische Vieh eingenommen werden. Was geschieht? Man taucht alte Kühe und verschleift das Fleisch als amerikanisches. Ein genialer Gedanke, der aber schon von der Presse entdeckt worden ist, die alsbald das Publikum vor diesem Betrug gewarnt hat. (H. N.)

Jahre 1851 erlaubt gewesen sei, alle Gesetze mit Füßen zu treten, und gegen die daher das Nämliche auch heute erlaubt sei. Diese Auslegung wollen sie jetzt vor allen Gerichten verwerthen, bei denen sie noch einige Mißvergütungen, nach den Fleischtöpfen des Kaiserreichs zurückverlangende Anhänger zählen. Aller Ehrgeiz, Groll, Vortheil, Rastlosigkeit wird von ihnen ausgebeutet und sie behaupten, mit dieser Rehabilitierung der gemäßigten Commissionen den offenkundigen Beweis geliefert zu haben, daß der Richterstand ihnen gehört und gewissermaßen die Citadelle ihrer Opposition ist. — Die „Patrie“, ein entschieden freihändlerisches Blatt, wie es alle bonapartistischen Organe sind, bemerkt in einer Note, die sich angeblich auf einen Bericht über deutschen Handel und Gewerbe stützt: „Deutschland, welches in commercialer und industrieller Beziehung arm zu nennen ist, richtet sich mit jedem Tage mehr auf und wird uns bald eine furchtbare Concurrenz machen. Es läßt die Leute ruhig reden, und gerade wie es sich vor 1870 wohl gegüht hat, die unsinnigen Angaben, welche über seine Wehrkraft verbreitet waren, zu widerlegen, hütet es sich auch jetzt, den irrigen Darstellungen von der Lage seines Handels und seiner Industrie entgegenzutreten. Wir sind vielleicht die einzige Nation, die noch nicht gewahr geworden ist, daß Deutschland in einem gegebenen Augenblicke eine Handelsmacht sein könnte, mit welcher man rechnen muß. Seine Weigerung, sich an unserer Ausstellung zu betheiligen, war von ihm, das möge man sich nur gesagt sein lassen, ein Act der Weisheit, wie wir es nächstens beweisen werden.“ — Die „Droits de l'homme“ veranstalten nächsten Freitag, als am ersten Jahrestage ihrer schicksalreichen Existenz, ein Banquet in Saint-Maurice, welches leicht die Verhältnisse einer großen radicalen Demonstration annehmen dürfte. — Lecocq, der Componist der „Fille Angot“, der „Petite Mariée“ u. s. w., brachte gestern im Renaissance-theater eine neue dreiactige Operette: „La Marjolaine“ zur Aufführung, für welche ihm seine Mitarbeiter, Leterrier und Vanloo, einen ebenso obsequen als abgeschmackten Text geschrieben haben. Die von einer prächtigen Musik getragenen Szenen finden bei dem speciellen Publikum dieses Theaters und dieser Kunstgattung reichen Beifall.

Italien.
Rom, 3. Februar. Gestern beendigte das Abgeordnetenhaus die Beratung über das vom Kriegsminister eingebrachte Gesetz zur Abänderung und Vermehrung der militärischen Territorial-Bezirke und genehmigte es mit 194 Stimmen gegen 72. Danach soll Italien künftig in 10 Armeecorps-Districte, in 20 Divisions-Districte, in 88 einfache und in 20 höhere Militärdistricte eingetheilt werden. Für die Artillerie sollen 6 Territorial-Commandos und 12 Directionen, für das Geniecorps 6 Territorial-Commandos und 16 Territorial-Directionen, für das Medicinalwesen 20 Territorial-Directionen und für das Intendanturwesen 20 Territorial-Directionen eingerichtet werden. — Von den Ausgeschickten mit der Begutachtung des von Cairoli, Garibaldi u. s. w. eingereichten Vorschlags: „die noch lebenden Helden von Capri“ mit jährlich 1000 Lire zu dotiren, beauftragt waren, haben 2 die Ablehnung desselben und 6 die Vertagung vorgeschlagen. Einige Referenten haben hervorgehoben, daß, wenn man das Gesetz annehme, alle Patrioten, die seit 60 Jahren irgendwo bei einem Freiheitskampfe sich betheiligten, Specialbelohnungen verlangen würden, andere haben gefürchtet, daß die Vorlage, folglich nach dem Florentiner Urtheilsprüche eingebracht, Veranlassung zu neuem Parteihader geben könne, und haben deshalb die Vertagung begutachtet. Nicotera's „Verlagliere“ theilt mit, daß das Ministerium hätte seinen Freunden gerathen, für die Vertagung einzutreten, theils um den Forderungen anderer Freiheitskämpfer zu entgegen, theils auch darum, weil der Verleumdungsprozeß noch in der Appellation schwebt. — Nicotera, der von seiner Reise zurückgekehrt ist und gestern wieder am Ministerische saß, hat bereits Herrn Cairoli ersucht, jenen Vorschlag vorläufig wieder zurückzuziehen.

England.
London, 5. Febr. Ungeachtet der strengen Maßregeln, welche zur Unterdrückung und Fernhaltung der Rinderpest vorgenommen worden sind, wird befürchtet, daß krankes Vieh von London aus nach dem Lande weitergebracht, und so der Krankheitskeim weiter ausgebreitet worden sei. Der Geheimrath hat deshalb die Ortsbehörden im Lande aufgefordert, ein besonders scharfes Auge auf das Vieh in ihren Bezirken zu richten, und im Falle von Erkrankungen alsbald die nöthigen Vorsichtsmaßregeln zu treffen. Auch hat er strenge Vorschriften zur Verhütung der Verbreitung der Viehseuche auf Märkten erlassen. Märkte sind von Montag ab allein mit ausdrücklicher Erlaubnis des Geheimraths gestattet. — Die Frage der Uebertragung der Wasserleitungen in London auf die Stadt lag dem städtischen Arbeitscomité in gestriger Sitzung zur Beschlußfassung vor. Von mehreren Seiten wurde angeregt, sich ohne weiteres Bestimmen für die Zweckmäßigkeit dieser Reform zu erklären und die nöthigen Vollmachten vom Parlament zu erbitten. Die große Mehrheit stimmt indessen für eine mehr abwartende Politik. Die Frage ist zur weiteren Erörterung an einen Ausschuss verwiesen worden, welcher bis October Bericht erstatten soll. In den Provinzialstädten wird übrigens die Uebertragung des Gas- und Wasserwesens an die Gemeinde-Behörden immer allgemeiner und bewährt sich auch. Es ist also anzunehmen, daß dieses Ziel mit der Zeit auch London erreichen wird. — Aus Westafrika wird das Ableben des Gouverneurs der Gambia-Colonie, Cooper, gemeldet. Derselbe erfreute sich unter den Eingeborenen in Folge seines Muthes und seiner Festigkeit des Beinamens: „der Löwe“. — Der eben erschienene Jahresbericht über milthätige Vereine in London zeigt festes Wachsthum der Wohlthätigkeit an. Nachweisbar sind den Vereinen, welche Berichte einreichen, im Jahr 1875 4114849 L. eingezahlt worden gegen 3975581 L. im Vorjahre. Die Wohlthätigkeit der Kirchengemeinden und der Privatleute ist dabei gänzlich außer Acht gelassen. Beiläufig gesagt, schlägt Carl Schaffesbury, auf diesem Felde eine hohe Autorität, die Summe, welche in London jährlich in wohlwollender Absicht an betrügerische Bittsteller gezahlt wird, auf 250000 L. Alles in Allem wird die jährliche Ausgabe für wohlthätige Zwecke auf 6- bis

7000000 L. angeschlagen. — Der „Standard“ vernimmt, daß die ägyptische Regierung im Begriffe ist, ein Geschwader in das Rote Meer zu senden, um die des Sklavenhandels verdächtigen Häfen zu besuchen. — Bekanntlich ist der Beschluß gefaßt worden, die „Nabel der Kleopatra“, jenen alten Deliskten, den der Vizekönig den Engländern geschenkt hat, demnächst in eine Kiste, wenn man so sagen darf, verpackt oder durch Holzbekleidung in eine Art Seeflange umgewandelt, hierher zu flößen und dem Trafalgar Square gegenüber aufzustellen. „Daily News“ theilt mit, daß Mr. Erasmus Wilson, Mitglied der „Royal Society“, die Kosten der Ueberführung auf seine alleinige Rechnung genommen hat. Der Transport dürfte dem Herrn auf 30- bis 40000 Pfd. St. zu stehen kommen.

Danzig, 8. Februar.

* Nach einer jüngst in Kraft getretenen Abänderung des spanischen Consulartarifs wird für die Prüfung und Beglaubigung der Facturen die consularische Gebühr nicht mehr nach der Stückzahl der verschifften Güter, wie dies früher bestimmt, sondern vielmehr allgemein nach dem Gewichte berechnet, unter Wegfall der für Ladungen von weniger als fünfzig Tonnen angelegten höheren Gebühr. Auf Grund einer Mittheilung des auswärtigen Amtes hat der Handelsminister dem Handel und Schiffsahrt treibenden Publikum dies zur Nachricht bekannt machen lassen.

— In Betreff der Stadtverordnetenwahlen ist von der künftigen Regierung zu Potsdam dieser Tage in einem Bescheidbefalle eine Entschcheidung dahingegangen, daß ein Jeder, auch wenn er nicht Wähler ist, dem Wahlacte beizuhören und während der Zeit, wo die Wählerliste öffentlich ausliegt, Abschrift von derselben nehmen kann. Es heißt in der betreffenden Verfügung: die Städteordnung enthält keinerlei Vorschriften darüber, ob die Stadtverordnetenwahlen öffentlich abgehalten werden sollen oder nicht. Unter diesen Umständen würde aus der Thatsache, daß sich während der Wahlvorberatung ein nicht zu den Wählern gehöriger Herr eine Zeitlang im Wahllokal aufgehalten, neben dem Wahlbuche gestanden und der Stimmengabe mehrerer Wähler beigewohnt hat, eine zur Cassirung der Wahl berechtigende erhebliche Unregelmäßigkeit nicht zu erkennen sein. Ebenso steht es fernerhin frei, während der öffentlichen Auslegung der Liste aus derselben Notizen zu machen.

Im hiesigen Bildungs-Verein folgten an den letzten Montag den, vor drei Wochen stattgehabten dramatischen Vorlesungen des Hofkapellmeisters Müller, Vorträge der Herren Prediger Ködner, Realchullehrer Weidemann und Lehrer Kranz. Ersterer sprach über Heinrich IV. in Canossa i. J. 1077, worauf acht Tage später als Gegenstück zu dem trüben Bilde jener Zeit, Herr Dr. Weidemann das deutsche Volksleben in seiner lieblichen Gestalt an der Dichtung „Lulu“ von Boß schilderte und als Anknüpfung daran, für einen feineren Vortrag Goethe's „Hermann und Dorothea“ in Aussicht stellte. Am vergangenen Montag sprach Herr Kranz über Schutz und Vertheidigung der Insecten und wies nach, wie diese zahlreichste Klasse des Tierreichs durch ihre mannigfaltigen äußeren, stets symmetrischen Formen, ihre oft prachtvollen Farben, ihren oft wunderbaren Instinct und Haushalt von jeder Sammler und Beobachter angelockt habe, wie sie mit den mannigfaltigsten Fähigkeiten und mit oft wunderbarer Kraft und Ausdauer für ihre Vertheidigung ausgestattet sind und trotz ihrer Schädlichkeit doch auch von großem Nutzen in dem Haushalt der Natur seien.

* Der Monat December mit seinem starken Frost und heftigen Schneewehen war für die Eisenbahnen unserer Provinz bekanntlich ein an Betriebsstörungen reich. Auf der Ostbahn sind in diesem Monat von 221 beförderten Convois 42, von 1014 Personen 146 und von 1141 gemischten Zügen 94 verspätet. Bei 59 dieser Verspätungen wurde der Anschluß an andere Bahnlinien verfehlt. Auf der Berlin-Stettiner Eisenbahn verspäteten von 372 Convois 73, von 1614 Personen 151 und von 372 gemischten Zügen 17; auf der Ostpreussischen Südbahn von 302 Personen 28, von 182 gemischten Zügen 12.

* Frau Direktor Lang-Matthey gahnt gegenwärtig mit ausgezeichnetem Erfolge in Düsseldorf. Die „Düsseldorfer Zeitung“ schreibt: „Fr. Lang-Matthey ist eine Vertreterin ihres Fachs comme il faut; alle Vorzüge, alle äußeren und geistigen Requisiten, die hier für geboren, vereinigen sich in schönster Weise in ihrer Person; eine schöne und sympathische Erscheinung; gelinder, mitunter überquellender Humor; ein elegantes, ausdrucksvolles Spiel, das mit großer Grazie verbunden ist; überdies ein edler Sopran von süßstem Wohlklang der gesund, frisch und kräftig erklingt — während das Organ bei vielen Operettenfängerinnen jumeist krankhaft afficirt ist — glückselige Intonation; deutliche Aussprache und eine sehr bedeutende Gestaltungskraft. Daß Fr. Lang-Matthey auch eine geistreiche Künstlerin ist, beweisen mehrere feine Nuancen und interessante Extempore's, die mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden. Nicht unerwähnt dürfen wir schließlich ihr charakteristisches Mienenspiel lassen; alle diese Eigenschaften stellen die geübte Gattin in die Reihe der vorragendsten deutschen Operettenfängerinnen der Gegenwart.“ So die genannte Zeitung über Frau Lang-Matthey als „Schöne Helena.“ Nicht minder günstig lautet das Urtheil desselben Blattes über dieselbe als „Mädchen von Schöneberg.“ „Eine bezaubernde, bis in's kleinste Detail ausgearbeitete Musterleistung — heißt es da, „hat das Publikum in Düsseldorf, während der letzten Jahre wenigstens, noch nicht gesehen.“ „Die Bilder, die Frau Lang-Matthey entwirft, sind nahezu vollendet zu nennen, keine Nuance, keinen Strich möchten wir an demselben missen, und der Ton, der darin vorherrscht, ist so goldig und sympathisch, daß wir des Aufstehens der künstlerischen Schöpfungen nicht müde wurden. Die drahtliche Komik der Frau Lang-Matthey brachte das Publikum fortwährend zum stürmischen Lachen; ihr übersprudelnder Humor zeigte sich wieder in der Fülle und Originalität der Extempore's, die stets den Nagel auf den Kopf trafen. Die Sprache der geübten Künstlerin hat etwas ungemein Herzliches und Liebliches; Almut und Grazie sind die hervorsteckendsten Merkmale ihrer Leistungen.“

SS. Liba, 7. Februar. Am 3. Februar c. feierte der gesellige Männerverein zu Liba, körperlich fähiges Mitglied der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung, sein zweites Stiftungsfest im Saale des Hrn. Jymis hieselbst. Das Fest war von ca. 80 Personen besetzt. In der Festrede hob der Vorsitzende, Herr Hauptlehrer Harder, hervor, wie notwendig die allgemeine Volksbildung heutzutage sei, und daß wahre Bildung des Herzens und Geistes auch wahre Religiosität befördere. Der geschäftliche Rechenschaftsbericht ergab folgende Hauptmomente: Der Verein besteht zur Zeit aus 38 Mitgliedern, welche statutenmäßig jeden Dienstag Sitzung halten. Die Vereinsabende sind durchschnittlich von 20 Personen besucht gewesen. Im Laufe des Vereinsjahres sind 15 größere Vorträge gehalten und zwar 12 von Vereinsmitgliedern und 3 von folgenden Gästen: von Herrn Professor Siefert aus Eisenach über „Stoffwechsel im menschlichen Körper“, von Herrn Oberförster Liebenauer über „die Entstehung der Jahreszeiten an den Wäldern und das Leben der Pflanzen im Winter“, von Hrn. Dr. Jagetzki über „Nahrungsmittel und Ernährung.“ Der Tagesfaßten enthielt 55 Fragen wissenschaftlichen und gemein-

nützigen Inhalts, welche meistens durch allgemeine Discussion sofort beantwortet wurden. Mehrere derselben gaben jedoch zu größeren Vorträgen Veranlassung. Außer den Vorträgen und Fragebeantwortungen wurde der Quartettgesang tüchtig gepflegt. Eine Bibliothek konnte jedoch wegen Mangels an Mitteln noch nicht angelegt werden. Nachdem die geschäftliche Seite des Festes beendet war, vereinigte ein Festessen, ferner Gesang, Tanz und theatralische Unterhaltung die Theilnehmer in schönster Eintracht bis zu später Stunde. Möge es der nützlichen Wirksamkeit unseres Männer-Vereins nie an tüchtigen opferwilligen Leitern und Mitwirkenden fehlen.

Aus dem Marienburger Berber, 6. Febr. Das Deichamt hatte sich am 2. d. M. im Deutschen Hause in Reutich zu einer Sitzung vollständig versammelt. Es gelangte nach Ertheilung des Aufschlags auf die Submissions-Offerten zur Stein- und Kieslieferung für Deich- und Uferbauten für dieses Jahr nochmals die Betheiligung an den Eisprengungsarbeiten in der unteren Weichsel zur Verathung. Der künftigen Regierung war der Deichamtsbescheid vom 9. December v. J., welchen wir damals mitgetheilt haben, zur Kenntniß gebracht, von demselben aber die Bedingung, die Sprengung bis zum Bieler Kanal herauf durchzuführen, als in den seltensten Fällen gelungen und unerfüllbar bezeichnet worden. Auch gegen den Betheiligungsmaßstab der Kosten in der beantragten Weise fand die künftige Regierung Bedenken zu erheben, wobei sie mittheilte, daß der Deichverband des Danziger Werbers seine Betheiligung an den Kosten der Arbeitslöhne nur für die Sprengungen unterhalb Dirschau mit 1/2 beschloß, für die Sprengungen oberhalb Dirschau aber abgelehnt habe, da diese für das Danziger Werber von keinem Interesse sind, daß ferner der Deichverband der Fallener Niederung 1/2 der Arbeitslöhne und sonstigen Nebenkosten für die Eisprengungen und der Deichverband der rechtsseitigen Rogat-Niederung 1/2 übernommen habe. Das Deichamt des großen Marienburger Werbers sollte nun nach der Regierungs-Verfügung seine bedingungslose Betheiligung mit 1/2 der Kosten aussprechen, wenn die Staatsregierung die Kosten für das Sprengmaterial und die Bezeichnungsmannschaften desselben übernehme. Die Versammlung fand die von der künftigen Regierung angeführten Gründe bei der jetzigen Sachlage nicht mehr zureichend, da die Sprengungen sehr gut bis zum Bieler Kanal durchgeführt werden können, im Uebrigen auch keine Veranlassung, von dem Beschluß am 29. December v. J. abzugehen, nach welchem der Deichverband 1/2 der gesamten Kosten incl. für Sprengmaterial für die Sprengung bis zur Theilungsspitze am Bieler Kanal erstatten will. — Das Deichamt beriet ferner über das Inventarium, von dem Wasserbauamt unter dem 10. Oct. v. J. aufgestellt — betreffend die vom Fiskus an den Deichverband zur Unterhaltung abzugebenden Deiche der canalisirten Tiege. Herr Deichinspector Baner hatte ein Gutachten über dasselbe ausgegeben, welches vorgetragen wurde und nach welchem die Versammlung die Ergänzung resp. Berichtigung der Vorlage wünschte. Der Antrag der Gemeinde Palschan um Bewilligung der Löhne für Schürungsarbeiten wurde abgelehnt, da nach § 25 des Deichgesetzes vom 28. Januar 1848 diese Arbeiten unentgeltlich zu leisten sind. Als stellvertretender Deichhauptmann wurde auf die nächste Periode Herr Deichhauptmann Bohmann in Friesenwerder durch Acclamation wiedergewählt. Als Mitglied der Revision-Commission wurde Herr Guttschewski Fademrecht in Kusendorf gewählt. — Der nächste Gegenstand der Tages-Ordnung, nämlich Abtragung der Flügelbeiche und Kämpen bei Glosowo und Mösland, regte die Versammlung recht lebhaft an. Zunächst wurde angeführt, daß die künftige Staatsregierung mit der Ausführung dieser Arbeiten die Basis der Strom-Regulirung nach der Conferenz zu Marienburg, am 9. Juni v. J., nicht beibehalten, und daß diese Maßnahmen nicht mit den vom Deichverbande ausgeübten Regeln der Wasserbaukunst in Einklang zu bringen seien. Nach demselben begünne jede Entwässerung nicht von oberhalb, sondern von unterhalb. Das Deichamt beschloß, den Deichhauptmann Böndendorf zu ermächtigen, eine Petition an den Herrn Landwirthschafts-Minister und den Regierungs-Präsidenten abzulegen, worin energisch gegen die Abtragung der Kämpen z. bei Glosowo protestirt wird, bevor nicht eine Besserung der Weichsel-Ausmündung bei Neufahr ausgeführt und das Stromprofil beim Eisenberge, welches nur 70 Ruthen breit ist, erweitert ist. Zum Schluß theilte der Vorsitzende noch einige Regierungs-Verfügungen mit, betreffend das Aufschieben auf Eiswache und die Herbeischaffung der Eiswache-Materialien und Urnsen.

n. Marienwerber, 6. Februar. Wie der stehende nach einem Strohhalme greift, hatten wir uns an die Hoffnung geklammert, das Staatsministerium werde sich dem Bau einer von Marienburg über Marienwerber nach Graudenz führenden normalspurigen Seebahn abgeben, nach welcher unsere letzte Petition verlangte, günstiger gestimmt zeigen, als es bisher unsere Eisenbahn-Angelegenheit behandelt hatte. Auch diese letzte Hoffnung ist durch das Autowortschreiben des Handelsministers an Wasser geworden, welches vorgestern dem Comité für den Bau der gedachten Bahn a. S. des Bürgermeisters Herrn Wirtz, zugeht. Das Schriftstück hat folgenden Wortlaut: „Berlin, den 31. Januar 1877. Dem Comité erwidere ich auf die am 20. d. Mts. eingegangene Vorstellung vom 2. December v. J., daß auf die Herstellung einer secundären Eisenbahn von Marienburg über Marienwerber nach Graudenz für Rechnung des Staats Aussicht nicht eröffnet werden kann. Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten. Aachen.“ — Herr Theaterdirector Hoffmann wird am 1. April auf hiesiger Bühne mit einem Cyklus von Vorstellungen beginnen. — In der gestrigen Generalversammlung des Bildungsvereins wurden für das nächste Vereinsjahr zu Vorstandsmitgliedern gewählt die Herren: Dr. Jacobson, Dr. Heynacher, Redacteur Beerwald, Regierungssecretar Schumacher, Redacteur Schiller, Goldarbeiter Weiland und Guttschewski Leimweber.

△ Osterode, 6. Febr. Für die hiesige Eisenbahn-Betriebs- und den Lokomotivgruppen soll ein Gasbeleuchtungs-Apparat aufgestellt werden. Wir hoffen, daß diese Thatsache den städtischen Behörden Veranlassung geben wird, schleunigst das frühere Project einer städtischen Gasanstalt wieder aufzunehmen, welcher selbstverständlich bei Einrichtung einer besonderen Gasanstalt für die Bahnhofs-Etablissements der Haupt-Consument verloren gehen würde. Vorläufig sind von dem Magistrat Verhandlungen mit der Bahnverwaltung behufs Verwirklichung dieses Projectes eingeleitet, denen man wohl nur den besten Erfolg wünschen kann. — Nachdem einige Städte dem Preussischen Provinzialparlament neue beigetreten, einige andere theils wegen unterlassener Beitragsleistung, theils freiwillig aus demselben ausgeschieden sind, gehören demselben a. S. nachstehende Städte an: Allenstein, Allenburg, Bischofswerder, Briesen, Christburg, Drenthburg, Elbing, Dt. Eylau, Br. Eylau, Friedland, Gollub, Gilsenburg, Gerbau, Guntzbut, Gumbinnen, Fischhausen, Br. Holland, Heilsberg, Insterburg, Johannisburg, Dt. Krone, Königs, Lyd, Löbau, Löben, Lautenburg, Labiau, Liebenich, Landsberg, Memel, Mohrungen, Mühlhausen, Marggrabowa, Melsch, Neidenburg, Neuenburg, Neudick, Osterburg, Osterode, Posen, Pr. Pillau, Riesenburg, Rösenberg, Ragnit, Rastenburg, Stuhm, Schlochau, Sensburg, Stallupönen, Soltau, Saalfeld, Thorn, Tapiau, Tolkmitt, Wartenburg, Wehlau. Es dürfte sich empfehlen, bei der von der nächsten Generalversammlung zu vollziehenden Neuwahl den Vorsitz einem der Vertreter der größeren

Verbandsstädte (Elbing, Thorn, Memel oder Insterburg) zu übertragen, da hierdurch möglicher Weise der Beitritt der noch fehlenden größeren Städte der Provinz erleichtert werden würde. — Da mit Einrichtung der höheren Bürgerschule die höhere Mädterschule ihre bisherigen Unterrichtslocalitäten im neuen Schulgebäude räumen muß, so werden gegenwärtig die erforderlichen Vorbereitungen zur Beschaffung anderweiter Räumlichkeiten für diese Schule getroffen. Die Frage, ob ein Neubau ausgeführt oder ein bereits vorhandenes Privatgebäude zu diesem Zwecke acquirirt werden soll, ist noch nicht definitiv entschieden.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Konstantinopel, 6. Febr. Die hiesigen Journale geben als Grund des Sturzes Midhat Paschas die Entdeckung eines von diesem organisirten Complots an, durch welches Hamid gestürzt und durch Murad ersetzt werden soll. In der Nacht von Sonntag auf Montag versammelten sich Mahmut Dimat Pascha, Redief Pascha und der Polizeiminister im Palais des Sultans und bestimmten diesen, Midhat zu verbannen, nachdem sie Beweise seiner Schuld beigebracht hatten. Der Sultan ließ Midhat die Wahl, entweder wegen Hochverrats vor Gericht gestellt zu werden, oder in die Verbannung zu gehen. Midhat wählte die Verbannung und ließ sich nach Brindisi führen. Der Hatt des Sultans, welcher die Absendung angezeigt, beruft sich auf den Artikel 113 der Verfassung, welcher dem Sultan die Befugniß giebt, diejenigen aus der Türkei zu verbannen, welche die Sicherheit des Staats gefährden.

Bukarest, 7. Februar. Wie das Journal „Zimpul“ meldet, besteht das neue Cabinet: aus Bratianu-Präsidentenschaft und Zueres, Jonech-Unterricht, Chiqu-Justiz, General Cernat-Krieg, Campineanu-Neuheres und Codresku-Finanzien. Die Bestätigung dieser Meldung ist abzuwarten.

Anmeldungen beim Danziger Standesamt.

7. Februar.
Geburten: Fleischermeister Carl Heinrich Brose, L. — Schuhmacher August Kach, L. — Bäckermeister Joseph Herrmann Lange, L. — Schmied Josef Velau, S. — Arbeiter August Ferd. Marzall, L. — Fleischer Th. Alb. Guntard, S. — Arbeiter Joh. Aug. Hübner, S. — Bäcker Friedr. Wilh. Kohnke, S. — Schiffschmied Otto Hermann Jops, L. — Arbeiter Christian Behrendt, L. — Arbeiter Korschewski, L. — Unkel. Geburten: 3 S., 1 L.

Aufgebote: Arbeiter August Robert Schafranski mit Kosalie Emilie Kaulin. — Seemann Carl Ernst Friedrich Andres mit Amalie Mittenzwei alias Sack. Todesfälle: Unbekannter Mann (im Polizeigefängnis verstorben). — T. d. Arb. Friedr. Knoll, 20 Tage. — Kosalie Schabe, geb. Publik, 54 J. — Anna Marie Paulig, geb. Weiber, 56 J. — T. d. verstorbenen Manns Anton Rabnan, 2 J. — T. d. Eisenarbeiter Aug. Schäfer, 27 J. — Emilie Wilhelmine Nepp, geb. Fuchs, 66 J. — S. d. Schlossers Gustav Adolf Schmidt, 17 J. — Albertine Bockschewski, geb. Ossowski, 37 J. — S. d. Zimmermeisters Paul Heibinger, 5 J. — T. d. Arb. Johann Wilinski, todtgeboren. — Arb. Carl Emil Konstantin Velau, 29 J.

Schiffs-Liste.

Kreisfahrplan, 7. Febr. Wind: S. Angelommen: Industrie, Freiwurk, Gloucester, Salz. Gesegelt: Waibar (SD.), Freidrich, Pillau, Leer. Ankommen: 2 Schiffe, darunter „Admiral Prinz Albrecht“. Thorn, 6 Febr. Wasserstand: 6 Fuß 6 Zoll. Wind: N. Wetter: bewölkt. Thauwetter. Das Eis liegt oberhalb der Holzbrücke auf der Weichsel noch fest.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 7. Februar.

Beizen	Getreide	Woll	Metall	Bank	Währ.	Gold	Silber	Währ.	Gold	Silber
222	222	222	222	222	222	222	222	222	222	222
223	223	223	223	223	223	223	223	223	223	223
163,50	163,50	163,50	163,50	163,50	163,50	163,50	163,50	163,50	163,50	163,50
161,50	161,50	161,50	161,50	161,50	161,50	161,50	161,50	161,50	161,50	161,50
36,50	36,50	36,50	36,50	36,50	36,50	36,50	36,50	36,50	36,50	36,50
73,40	73,40	73,40	73,40	73,40	73,40	73,40	73,40	73,40	73,40	73,40
68,20	68,20	68,20	68,20	68,20	68,20	68,20	68,20	68,20	68,20	68,20
54	54	54	54	54	54	54	54	54	54	54
55,80	55,80	55,80	55,80	55,80	55,80	55,80	55,80	55,80	55,80	55,80
80,40	80,40	80,40	80,40	80,40	80,40	80,40	80,40	80,40	80,40	80,40
56,50	56,50	56,50	56,50	56,50	56,50	56,50	56,50	56,50	56,50	56,50
252,60	252,60	252,60	252,60	252,60	252,60	252,60	252,60	252,60	252,60	252,60

Bei der jetzigen oft rauhen und ungesunden Witterung, wo Erkältungen an der Tagesordnung sind, machen wir vornehmlich sorgfältig darauf aufmerksam, wie leicht bei Kindern aus einem anfänglich unbedeutenden Husten der qualvolle Keuchhusten oder die gefährliche Bräune entstehen kann und wie wichtig es ist, gegen diese und ähnliche Erkältungsleiden oder zur Vorbeugung derselben, stets ein gutes Mittel bei der Hand zu haben. Wir glauben deshalb auf ein Präparat hinweisen zu müssen, dessen außerordentliche Nützlichkeit als Schutz- und Hausmittel sich auf das Glatenteste herausgestellt hat. Es ist dies der rheinische Trauben-Brust-Honig, ein aus Weintrauben-Extrakt und feinstem Rohrzucker dargefertigter höchst angenehm schmeckender Saft, allein acht bereitet von W. S. Ridenheimer in Mainz, dem gerichtlich anerkannten ersten Fabrikanten und Erfinder desselben. — Auch von medicinischer Seite wird der genannte Trauben-Brust-Honig immer mehr anerkannt und verordnet und von namhaften Autoritäten als ein ganz vorzügliches, jeder Familie unentbehrliches Hausmittel empfohlen. Am besten dürfte für den hohen Werth desselben die große Anzahl Atteste von glaubwürdigen Personen aller Stände gelten, sowie daß die größten und vornehmsten Apotheken und Handlungen denselben seit einer Reihe von Jahren führen. — An hiesigem Orte ist der Trauben-Brust-Honig acht zu bekommen bei den Herren J. G. Amort, Langasse 4 und Magnus Bradke, Rethersgasse 7.

Submission. Wie sehr das Submissionsverfahren abtheilen der Behörden in den verschiedenen deutschen Staaten Anwendung findet und Ausdehnung gewinnt, beweist der Umstand, daß in dem im Verlage von Carl Schüller in Hannover erscheinenden „Centralblatt für Submissionen“ im Monat Januar allein 155 Termine auf Bau- und Erdbauarbeiten, 89 do. auf Baumaterialien, 65 do. auf Holz- und Holzarbeiten, 4 do. auf Papier- und Schreibmaterialien, 19 do. auf Heizung-, Beleuchtungs- und Reinigungsmaterialien, 58 do. auf Bekleidungs- und Ausstattungsstücke, 91 do. auf Metalle (rohe und verarbeitete), 62 do. auf Werstattungs- und Betriebsmaterialien, 6 do. auf Fournage- und Verpflegungsgegenstände zur Verfüugung kamen.

